

Praxen schlagen Alarm: flächendeckende ambulante Versorgung in Gefahr

Krisensitzung der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Berufsverbände am 18. August in Berlin/Motto:
#PraxenKollaps - Praxis weg, Gesundheit weg!

Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Niedersachsen stehen unter einem enormen Kostendruck. Steigende Praxis-, Personal- und Investitionskosten machen den Betrieb einer Praxis immer unrentabler. Eine Inflationsrate von aktuell mehr als sechs Prozent lässt deren Ausgaben massiv in die Höhe schnellen. Eine ausreichende Gegenfinanzierung ist wegen der gedeckelten Arzthonorare kaum noch möglich.

„Die Praxen können die gestiegenen Kosten nicht über höhere Preise ausgleichen, sondern müssen sie aus der eigenen Tasche bezahlen. Einnahmen und Ausgaben klaffen immer weiter auseinander“, machte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN), Thorsten Schmidt, deutlich.

„Die Stimmung bei unseren Mitgliedern sowie dem Praxispersonal ist auf dem Tiefpunkt angelangt. Für junge Ärztinnen und Ärzte wird die ambulante Versorgung zunehmend unattraktiv. Medizinische Fachangestellte – die sogenannten MFA – verlassen die Praxen in Richtung Krankenhäuser, weil sie dort besser verdienen. Das Bundesgesundheitsministerium und die Krankenkassen müssen jetzt dringend handeln, da sonst eine flächendeckende ambulante Patientenversorgung nicht mehr gewährleistet werden kann“, so Schmidt.

In den im August anstehenden Finanzierungsverhandlungen zwischen Kassenärztlicher Bundesvereinigung und Krankenkassen müsse daher eine deutliche Steigerung des Orientierungswertes und damit der Preise für alle ärztlichen und psychotherapeutischen Leistungen erzielt werden. Aus Sicht des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der KVN muss Schluss sein mit den „ritualisierten Nullrunden-Forderungen der Krankenkassen“. Durch die geringen Steigerungsraten in der Vergangenheit verschärfe sich außerdem das Ungleichgewicht zwischen den Gehaltssteigerungen eines Oberarztes am Krankenhaus und den Arztlöhnen in der Niederlassung.

„Sollten die Krankenkassen nicht bereit sein, Verantwortung für ihre Versicherten zu übernehmen und ausreichend Geld für die ambulante Versorgung zur Verfügung zu stellen, wird sich die schwierige wirtschaftliche Lage der Praxen weiter verschlechtern. Dann ist letztlich zu überlegen, wie das Leistungsangebot für die Versicherten dem finanziellen Rahmen angepasst werden kann“, sagte der KVN-Vize.

Hinweis:

Angesichts der dramatischen Lage der ambulanten Versorgung kommen Vertreter der Ärzte- und Psychotherapeuten aller Bundesländer am 18. August 2023 zu einer Krisensitzung in Berlin zusammen. Unter dem Motto **#PraxenKollaps - Praxis weg, Gesundheit weg!** wollen sie der Politik sowie den Bürgerinnen und Bürger deutlich machen, dass die flächendeckende ambulante Versorgung in Gefahr ist.